

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Kanzlerrede in Stuttgart.

## Für wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich. Gegen territoriale Pfänder.

Herr Stresemann hat gewiß nicht die Absicht, Herrn Poincaré in der Rolle des europäischen Sonntagredners abzulösen. Auch er weiß, daß mit Reden allein, und seien sie noch so hervorragend, ein Ausweg aus den gegenwärtigen Wirren nicht gefunden werden kann. Wir verstehen den Zweck seiner Stuttgarter Rede dahin, daß ihm daran gelegen war, die deutsche und die internationale Welt auf die Handlungen der deutschen Regierung vorzubereiten, die für die nächste Zeit zu erwarten sind.

Nach innen hin hat der Reichskanzler neue energische Schritte angekündigt, deren Zweck es ist, die deutschen Währungsverhältnisse wieder auf eine gesündere Grundlage zu stellen. Die Regierung, das geht aus seinen Ausführungen klar genug hervor, ist sich vollkommen dessen bewußt, daß nur stärkste Aktivität Rettung vor dem drohenden Chaos bringen kann.

Außenpolitisch hat der Reichskanzler die bisher eingeschlagene Richtung weiter fortgesetzt, die auf eine Verständigung mit Frankreich hinarbeitet und zu großen Opfern für diesen Zweck bereit ist, allerdings nicht zu den Opfern, die Frankreich bisher verlangt hat, das heißt nicht zu Opfern, die eine Preisgabe deutscher Hoheitsrechte in einem bestimmten an Frankreich angrenzenden Teil des Deutschen Reiches bedeuten. Der verständliche Ton seiner Rede hat in der Pariser Presse eine sehr gute Aufnahme gefunden, die jedoch zu einem übertriebenen Optimismus nicht berechtigt.

Optimismus, sei es auch nur in bescheidenem Maß, wird erst dann erlaubt sein, wenn sich die französische Regierung zu gewissen Zugeständnissen an die deutsche Auffassung herbeilassen sollte, die notwendig sind, um eine katastrophale Entwicklung zu vermeiden. Der Weg zu solchen Zugeständnissen wird ihr durch die Aussichten, die der deutsche Reichskanzler für diesen Fall eröffnet hat, zum mindesten erleichtert. Denn ein auf ehrliche Vereinbarungen gestütztes Zusammenarbeiten der deutschen und der französischen Wirtschaft würde für Frankreich so ungeheure Vorteile bieten, daß die Wahl zwischen ihnen und politischen Spekulationen auf einen deutschen Zusammenbruch jedem unvoreingenommenen Verstand eigentlich sehr leicht sein müßte. Leider ist es aber nicht der unvoreingenommene Verstand, der bei der Lösung großer politischer Fragen bisher das letzte Wort gesprochen hat.

Inmerhin darf festgestellt werden, daß die außenpolitische Lage durch die gestrige Rede des Reichskanzlers eine gewisse Verbesserung erfahren hat.

Leihen einzelner Teile aus diesem Gesamtplan nicht mindestens gleichwertig sei. In der Antwortnote der belgischen Regierung an England liegen im übrigen Gedanken, die sich mit meinen Darlegungen vor dem Deutschen Industrie- und Handelsstag insofern decken, als auch dort ausgesprochen ist, daß die Ruhrbesetzung nur bis zu dem Augenblick fortgesetzt zu werden braucht, in dem die produktiven Pfänder Deutschlands in bezug auf ihre Leistungen effektiv werden. Auch die Stellung der englischen Öffentlichkeit zu den deutschen Darlegungen läßt ebenso wie die Äußerungen der italienischen Presse durchaus die Möglichkeit, hier in gemeinsamem Wirken ein Ergebnis herbeizuführen, welches das Reparationsproblem der Lösung zuführt. Gewiß sind mit den Grundlagen des deutschen Memorandums und der Interpretation, die ich gegeben habe die Lösungsmöglichkeiten nicht erschöpft. Jede Fortführung der Diskussion und neue Ideen, die brauchbar sind, würden wir dankbar begrüßen.

Wirtschaftliche Verbundenheit der Völker, die den Reiz des einen auf die Entwicklung des anderen ausübt, ist vielleicht auch eine bessere Ueberbrückung politischer Gegensätze als es politische Formeln zu sein vermögen. Ein solches Verfahren der Zusammenarbeit wird auch allein die Möglichkeit geben, daß derjenige große Nation, die dem zersplitterten Europa teilnahmslos gegenübersteht, diese Teilnahmslosigkeit überwindet. Deutschland braucht ein Moratorium für seine Leistungen, Deutschland kann

keine Reparationsverpflichtungen unabh. als Zinsverpflichtungen annehmen.

Will man diese Zinsverpflichtungen kapitalisieren, will man den Ländern, die ihre Kriegsverpflichtungen schneller abbezahlen wollen, große Summen auf einmal zur Verfügung stellen, so kann das nur auf dem Wege einer

### Internationalen Anleihe

geschehen, für die die deutschen produktiven Pfänder haften. Deutschland wird im heutigen Wirtschaftszustand solche Anleihen kaum in nennenswertem Maße erreichen. Erst wenn die Welt sich darüber klar sein wird, daß die Beendigung des Ruhrkonflikts gleichzeitig der Anfang einer neuen Friedensära ist, werden die Kapitalisten im Verein mit Deutschland die Frage der Anleihe lösen können, die zur Befriedigung Europas vielleicht erheblich, zur Fortführung eines zerstörungswerkes niemals zur Verfügung stehen wird. Die Interessen der Finanzminister der Staaten müßten nach dieser Richtung ebenso zusammengehen wie die Interessen und die Auffassungen der großen Finanzherren der Welt.

Ein in seiner Souveränität wiederhergestelltes Deutschland, im Besitz seiner wirtschaftlichen Hilfskräfte, die es in dem angebotenen Maße zur Reparationsverpflichtung zur Verfügung stellt, würde bei Adaptionierung dieser Grundzüge wohl

in der Lage sein, die Garantie der Zinsverpflichtungen zu übernehmen, auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte.

Französische Stimmen sprechen davon, daß die Lösung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur auf materieller, sondern auch auf politischer Basis erfolgen muß durch

### Gewährung von Sicherheiten,

die Frankreich gegenüber einem wieder kräftig werdenden Deutschland genügen. Auch in der belgischen Antwortnote an England spielt diese Frage der Sicherheiten eine Rolle. Daß Deutschland bereit ist, auf diesen Boden zu treten, hat es bei früheren Gelegenheiten schon zum Ausdruck gebracht. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland wird für die Durchführung einer solchen Friedensidee die denkbar größte Friedenssicherheit bieten. Eine Zerstückelung Deutschlands, der Versuch der Abtrennung deutscher Gebiete oder der Versuch einer wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Beherrschung seiner Grenzgebiete würde dem Geiste eines solchen Abchlusses dauernd entgegenwirken. Frankreich versichert, daß es von Deutschland keine Annerkennung will, daß es ihm fernstehe, Deutschland zu zerstören, daß es nichts anderes suche als die Garantie für Leistungen aus dem Friedensvertrage, für die nach dem Wortlaut des Friedensvertrages selbst die abgeschätzte Leistungsfähigkeit Deutschlands die Basis bildet. Ist dies die Auffassung der französischen Staatsmänner und des ganzen französischen Volkes, dann haben sie die Möglichkeit, diese Auffassung in die Wirklichkeit umzusetzen. Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein sehnt sich nach der Stunde, in der diese blühenden deutschen Rinde der eigenen regen wirtschaftlichen Tätigkeit wiedergegeben werden. Diese Stunde wird kommen sein,

wenn wir die Sicherheit haben, daß auf der Grundlage dieser deutschen produktiven Pfänderleistung die Lösung des Konflikts möglich ist, die der Sinn unseres passiven Widerstandes war.

Denn dieser war niemals Uebermut oder Selbstzweck, sondern er sollte nur dazu dienen, uns den Zustand der Freiheit des Ruhrgebietes zu verbürgen. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutscher Bodens irgend jemand gegenüber preiszugeben! (Beifälliger Beifall.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nach dieser Darlegung der außenpolitischen Fragen, die uns gegenwärtig bedrängen, einige Worte über unsere innere Lage sagen. Ich möchte da mit einer Erinnerung an vergangene Zeiten beginnen. Während des Krieges hat es verschiedene Methoden gegeben, wie die Regierungen ihren Vätern gegenübertraten. Die einen meinten, das

# Italien und der Völkerbund.

Außenminister Curzon ist vom Urlaub in London eingetroffen — ein Beweis dafür, daß England den italienisch-griechischen Konflikt sehr ernst beurteilt. Eine Reuter-Nachricht dazu sagt, daß Curzon sich über die griechisch-italienische Krise nicht äußern wolle, bevor er Gelegenheit gehabt habe, alle Akten durchzusehen. Der Völkerbund habe die Frage in die Hand genommen, und dies scheine der unvermeidliche und präliminare Schritt zu sein. Jedermanns Anstrengungen müßten daher dahin gehen, die Macht des Völkerbundes zu unterstützen. Aber der Völkerbundrat hat ja nur beschlossen, die Behandlung dieser Angelegenheit zu vertagen, wobei er die streitenden Parteien ermahnt hat, Feindseligkeiten zu unterlassen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Vertagung deshalb ausgesprochen wurde, weil Italien erklärt hat, sich einer ihm nicht zusagenden Entscheidung des Völkerbundes nicht zu fügen. In der Reuterschen Aufzählung, die die Macht des Völkerbundes zu unterstützen, könnte man eine Bestätigung dieses italienischen Widerstandes sehen, über den folgende Meldungen vorliegen:

Reuter aus Athen: Der italienische Botschafter in Athen benachrichtigte die griechische Regierung, daß Italien es ablehne, eine Entscheidung des Völkerbundes in dem italienisch-griechischen Konflikt anzuerkennen.

Pariser „Chicago Tribune“ aus Rom: Der Grund Italiens für die Ablehnung einer Entscheidung durch den Völkerbund ist in erster Linie der, daß Italien nicht die Absicht hat, Griechenland den Krieg zu erklären und weiter, daß der Völkerbund für einen Eingriff in die Angelegenheit nicht zuständig ist, da die gegenwärtige griechische Regierung von den Mächten des Völkerbundes nicht anerkannt worden sei.

Die italienische Regierung bemüht sich, die Schuld an der Verschleppung von Korfu den Griechen zuzuschreiben, deren Kommandant gedroht habe, einer Landung Widerstand entgegenzusetzen. Italienisch-amerikanisch wird bekanntgegeben, daß um die griechische Insel Peros Minen gelegt sind.

Die griechische Regierung, die übrigens auf den 28. Oktober die Parlamentswahl ausgeschrieben hat, bemüht sich, korrekt zu bleiben. Sie unterwirft sich jeder Entscheidung der Botschafterkonferenz; sie hat auch auf italienischen Protest wegen eines Zeitungsartikels das betreffende Blatt auf einen

Tag verboten und den Zensurdirektor abgesetzt; sie läßt auch die italienische Botschaft bewachen. Griechische Meldungen über gewisse Erschwerungen der griechischen Schifffahrt durch italienische Behörden werden von Italien bestritten; vielleicht waren es Voreiligkeiten übereifriger Behörden und Marineoffiziere.

### Der Beschluß des Völkerbundrats.

Nach der zweistündigen geheimen Beratung des Völkerbundrates über den griechischen Appell, die nur der Vorprüfung der Frage galt, wurde die Sitzung auf Salandras Antrag, der noch keine Instruktionen erhalten hatte, vertagt. Folgendes Communiqué wurde ausgegeben: Der Völkerbundrat hielt heute nachmittags unter dem Vorsitz des japanischen Vertreters Nishi eine geheime Sitzung ab, in deren Verlauf er keine Vorprüfung des Appells der griechischen Regierung über den italienisch-griechischen Streitfall vornahm. Der griechische Vertreter, der eingeladen wurde, als Mitglied mitzutagen, nahm am Tische des Rates Platz. Das Schreiben, in dem die griechische Regierung erklärt, auf Grund des Artikels XII und XV des Paktes an den Völkerbund zu appellieren, wurde vorgelesen, ebenso diese Artikel. Nach einem allgemeinen Meinungsaustausch nahm der Rat in Erwartung weiterer Informationen einstimmig folgenden Beschluß an: Indem der Völkerbundrat in eine kurze Vertagung der Prüfung der Frage einwilligt, spricht er die feste Hoffnung aus, daß die beiden interessierten Staaten bis dahin keinerlei Akte begehen werden, die die Lage verschärfen könnten.

### Kompetenzkonflikt.

Wie Japan zu dieser Entscheidung des Völkerbundrates erfuhr, scheint sich eine juristische Streitfrage zu ergeben. Die Botschafterkonferenz sei wegen des Attentats auf die italienische Militärmission befragt worden und habe bereits etwas unternommen, indem sie ein Telegramm nach Athen geschickt habe. Nun frage man sich in diplomatischen Kreisen, ob sich der Völkerbund de jure an die Stelle der Botschafterkonferenz setzen könne, um den Streitfall zwischen Italien und Griechenland zu regeln. Man vermute, daß diese Schwierigkeit den Anlaß dazu gegeben habe, daß der Völkerbundrat die Prüfung der Angelegenheit auf Dienstag verschoben habe.

Stuttgart, 2. September. (W.T.B.) Reichskanzler Dr. Stresemann traf heute früh in Begleitung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, v. Rheinbaben, hier ein und wurde auf dem Bahnhof vom Staatspräsidenten Dr. Hieber begrüßt. Der Reichskanzler empfing vormittags die Vertreter der württembergischen Presse.

Zu der an diesen Empfang sich anschließenden Versammlung im Saale des Siegle-Hauses hatten sich insbesondere Vertreter von Handel und Industrie Württembergs sowie Abordnungen aller württembergischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in großer Zahl eingefunden. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Staatspräsidenten ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgender Rede:

Die Zeiten, in denen wir leben, sind von ungeheurem Ernst. Es würde mir völlig falsch erscheinen, wenn wir uns irgendwie über die Situation hinwegtäuschen wollten. Viel richtiger scheint es mir, den Dingen ins Auge zu sehen und zu sagen, was ist. Stark ist der außenpolitische Druck, der auf uns lastet. Unser größtes Wirtschaftsgebiet ist unproduktiv geworden. Rhein und Ruhr sind abgetrennt von deutscher Souveränität, deutscher Verwaltung und ohne deutsche Arbeit. Unser Erub gilt in erster Linie denen, die dort unaussprechliche Bedrückungen erleiden und trotzdem dem Reiche die Treue bewahrt haben. Sie sollen gewiß sein, daß wir sie nicht vergessen. Jede Außenpolitik des Deutschen Reiches kann nur das Ziel haben, diesen schwerbedrückten deutschen Volkstümern die Freiheit, Deutschland die Souveränität und die Verfügung über dieses Gebiet zu geben. Unfruchtbarer Polemik über die Vergangenheit bringt uns nicht weiter. Es gilt einen Weg zu finden, der uns ins Freie führt. Daß wir bereit sind, auch die schwersten materiellen Kosten auf uns zu nehmen, um zu diesem Ziele zu kommen, ist besannt. Die Alliierten verlangen von uns Garantien tatsächlicher deutscher Leistung.

Wir sind bereit, auf den Boden der Stellung produktiver Pfänder zu treten.

Reichsbefehl und Privatbefehl sind die Pfänder, die wir dargeboten haben. Liegen in der deutschen Wirtschaft, der einzigen Kraftquelle, die uns geblieben ist, wie man so oft behauptet, noch ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten, so liegt es um so näher, sie zur Grundlage unserer faktischen Reparationsleistungen zu machen.

Was will Frankreich? Seine Pfänderpolitik bezieht sich auf die Schaffung einer internationalen Bahngesellschaft am Rhein, auf die Ueberweisung deutscher Bergwerke an der Ruhr. Wenn Frankreichs Ziele nicht politische Ziele sind, sondern auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete liegen, so stimmt es nicht, daß die Garantie des deutschen Eisenbahnbesitzes und der gesamten deutschen Wirtschaft dem Heraus-

**Soll werde die schweren Zeiten umso besser ertragen, wenn man ihnen niemals den vollen Ernst der Lage sagt, damit es nicht aus der Erkenntnis dieses Ernstes der Lage heraus zum Pessimismus komme.** Eine andere Art — und das war die Art der englischen Führung der öffentlichen Meinung — möchte kein Hehl davon, was auf dem Spiele stand, um durch die Darlegungen dessen, um was es sich handelte, auch das Letzte herauszuholen, den letzten Ansporn zu geben, um die Lage zu bessern. Mich dünkt, daß die letztere Art wohl die bessere ist. (Lebhafte Zustimmung: Sehr richtig!) Wir sind in eine finanzielle Bedrängnis gekommen dadurch, daß die Ausgaben durch Reichseinnahmen nur zu einem sehr geringen Prozentsatz gedeckt werden. Wir sind heute, abgedrängt von Rhein und Ruhr, in einen wirtschaftlichen Verfall gekommen, der dazu geführt hat, daß unsere Ausfuhr in wenigen Monaten von 600 Millionen Goldmark auf 165 Millionen Goldmark zurückgegangen ist. Wenn Sie sich vorstellen, daß wir vor dem Kriege eine Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark gehabt haben, so sehen Sie, was uns von der einstigen Stärke des Friedens gebildet ist. Es zeigt sich das eine: — und darauf möge das Ausland seine Blicke richten — ein Deutschland ohne Ruhr und Rhein ist nicht lebensfähig, ein Deutschland ohne die Verfügung über Ruhr und Rhein ist außerstande, irgendwelche Reparationsleistungen zu vollbringen. (Sehr gut!)

Was brauchen wir demgegenüber? Welche Aufgaben stehen vor uns? Wenn ich von einem Kriegszustand sprach — und ungewißhaft ist der Zustand an Rhein und Ruhr kein Friedenszustand — dann, glaube ich,

brauchen wir eine Wehrpflicht des Besitzes, aber auch eine Wehrpflicht der Arbeit. Wir brauchen auch eine Wehrpflicht des Beamtentums gegenüber dem Reiche und gegenüber dem Staat.

Ich beginne mit der Wehrpflicht des Besitzes. Sei man sich doch darüber klar, daß eine Entwicklung, die zur Besitzbildung führt, überhaupt nur so lange garantiert ist, als der Staat besteht, und als der verfassungsmäßige Staatsbegriff aufrecht erhalten werden kann. (Sehr richtig!) Wir werden zu starken Eingriffen kommen. Wir müssen das, was an wirtschaftlicher Kraft in Deutschland ist, soweit für den Staat in Anspruch nehmen, daß seine außenpolitischen und innenpolitischen Bedürfnisse dadurch gedeckt werden. Wir erreichen den Frieden nur, wenn uns die Wirtschaft des garantierten, was wir an Stelle der produktionen Pfänder brauchen,

wir erreichen im Innern die Ordnung des Staatshaushalts, die Aufrechterhaltung des ganzen Staates nur dann, wenn wir in erster Linie von dem Besitz ganz andere Opfer verlangen, als sie bisher in Anspruch genommen worden sind.

Es handelt sich darum, daß diese Wehrpflicht des Besitzes von uns in Anspruch genommen wird.

Ihr muß gegenüberstehen eine Wehrpflicht der Arbeit. Wenn ich an den Verhältnissen des Ruhrgebiets eines am meisten bedauere, dann ist es die erzwungene Arbeitslosigkeit, die auch zu demoralisierenden Folgen führen kann und führen wird. Wir brauchen, soweit wir in der Lage sind, normale Verhältnisse wiederherzustellen, auch die Lust und Liebe zur Arbeit. Wir brauchen da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten des Staates vorliegen, auch die Heberarbeit für das allgemeine Wohl. Wenn wir über den größten Teil des besetzten Gebietes nicht mehr verfügen, wenn die Kohlenproduktion sich unter Kontrolle vollzieht, dann müssen wir wenigstens im unbesetzten Gebiet das Letzte herausholen und zur Verfügung des Staates stellen. Darum muß sich an die Wehrpflicht des Besitzes die Wehrpflicht der Arbeit reihen.

Dritten aber ist notwendig die Hingabe des Beamtentums an den Staat. Meine Damen und Herren! Ich höre aus allen Ecken und Enden des Deutschen Reiches Anklagen gegen den Staat, daß er in wohlverordnete Rechte der Beamten eingreift. Die Reichsregierung steht der Kritik und der manchmal außerordentlich scharfen Art der Kritik gegen das deutsche Beamtentum fern, die in letzter Zeit erfolgt ist. Aber der Staat muß seinerseits in anomalen Zeiten wie den gegenwärtigen auch hier zuerst an sich selbst denken. Da, wo es technisch und materiell nicht möglich ist, wohlverordnete Rechte aufrechtzuerhalten, weil sonst das Gefüge der Währung in Unordnung kommt, kommt in erster Linie der Staat, und ihm haben sich die anderen Notwendigkeiten unterzuordnen.

**Wir müssen das Interesse des Staates wieder in den Vordergrund stellen.**

Was bleibt von Deutschland, wenn Sie den Staat nicht haben? Und gegenüber manchen, die da glauben, diesen Staat ansetzen zu können als ein Gebilde, das nicht berechtigt ist, von dem einzelnen zu verlangen, was der alte Staat nicht verlangt hat, möchte ich als meine Auffassung aufstellen — wenn schwere und stürmische Zeiten kommen, mögen Sie sich an dieses Wort erinnern:

**Wir lassen mit der Staatsautorität nicht Schindluder treiben! Wir werden die Staatsautorität durchsetzen gegenüber jedem, der da glaubt, sich über sie hinwegsetzen zu können.**

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Ich weiß ja wohl, wie hart die Steuern treffen, die der letzte Reichstag doch beinahe einstimmig bewilligt hat, wie hart sie treffen in einer Zeit der Wirtschaftskrisis in der Industrie, wie hart sie treffen auch in den Zeiten scharfer Anspannung des Kredites in der Landwirtschaft. Wir haben Sorge dafür getroffen, daß durch die bestehenden Staatsorganisations Kredite für Getreidelieferungen gegeben werden, auch für Getreidelieferungen, die zunächst nur angebaut werden. Aber seien Sie sich darüber klar: wenn wir auch Rücksicht nehmen auf die Ausführung im einzelnen, so ist doch an der Idee solcher, daß die Steuern durchgeführt werden müssen, nicht im geringsten zu rütteln. Und ich möchte diejenigen, die ihre Einstellung zu diesen Steuern in der letzten Zeit geändert haben, doch daran erinnern: der Staat wird nicht repräsentiert durch die Parteien oder durch die parteipolitische Einstellung dieses oder jenes Kabinetts.

**Man bewilligt die Steuern nicht einem Kabinett, man bewilligt sie dem Staat, man bewilligt sie dem Reiche, damit das Reich bestehen bleibt.**

und man kann die Zustimmung zu dem, was man beantragt und durchgeführt hat, nicht in Opposition verwandeln, wenn das äußere Ansehen des Staates sich geändert hat. Der Staat als solcher muß erhalten und weitergeführt werden! (Sehr lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß diese Steuern nicht aus dem Einkommen bezahlt werden. Bei manchen dieser Steuern und bei manchen Maßnahmen, die wir weiter noch treffen müssen, handelt es sich um

**Eingriffe in die Substanz.**

Aber auch hier möchte ich Sie bitten, sich zu vergegenwärtigen: was bleibt denn von der Substanz der Wirtschaft, wenn die Substanz des Staates sich nicht erhalten läßt? Im Neuen Testament ist die Rede davon, daß der Vater ein Kalb schlachtet, wenn der verlorene Sohn heimkehrt in das Vaterhaus. Könnte man nicht auch einmal für das verlorene Vaterland ein Kalb schlachten, wenn es sich darum handelt, daß dieses Vaterland sich wiederfindet zu derjenigen Ordnung seiner Finanzen, ohne die eine Aufrechterhaltung der Wirtschaft für den einzelnen nicht möglich ist? Es ist nicht möglich, überall die Substanz zu schonen und den Grundstock aufzustellen: an der Substanz darf nicht gerüttelt werden. Mögen die, die in der Wirtschaft stehen, das Eine sich vergegenwärtigen: wo ist die Substanz des geistigen Deutschlands geblieben, mit der das geistige Deutschland in den Krieg hineingegangen ist, seine Opfer für das Vaterland brachte und nun nach der Wertentwertung vor dem vollkommenen Nichts steht.

Eines möchte ich mit allem Ernste sagen: es geht nicht, daß irgendwo dazu aufgerufen wird, die Steuern nicht zu bezahlen und daß Aufrufe erlassen werden an

solche, die an sich gar nicht ausgesprochen haben, daß sie sich der Steuern entziehen wollen.

**Wer in dieser Zeit eine Sabotierung der Steuern organisiert oder gar dazu aufruft, der gehört nach meiner Meinung hinter Schloß und Riegel! (Sehr lebhafter Beifall.)**

Was Sie vom Reich verlangen können, ist ein anderes. Sie können von ihm mit vollem Recht verlangen, daß die Steuern vereinfacht werden. Sie können verlangen, daß die Steuern vereinfacht gemacht werden. Sie können verlangen, daß eine Finanzreform kommt, die es dem einzelnen möglich macht, zu wissen, was er denn nun zu zahlen hat. Denn das hat beinahe aufgehört. (Sehr richtig!) Es hat nicht nur aufgehört für den Bürger, es hat auch — ich brauche damit niemand zu nahe zu treten — aufgehört für manchen Beamten in den Finanzämtern. In dieser Richtung dieses Konglomerats von auseinanderliegenden Steuerordnungen auf eine gewisse primitive Form der einzelnen Steuern zurückzuführen, wird unbedingt notwendig sein.

Wir sind uns der Tragweite der Schwierigkeiten, die zwischen Reich und Ländern bestehen, voll bewußt, und mit dem Reichsfinanzminister und mit dem Kabinett bin ich der Auffassung, daß wir den Ländern und den Kommunen wieder eine größere Selbständigkeit in der Erhebung von Steuern geben müssen. Dadurch werden auch die Beziehungen zwischen den Ländern und dem Reich, die manchmal vielleicht besserungsbedürftig sind, sich bessern können.

Was uns auf dem Gebiete der Finanzen vor allem als Aufgabe vorsteht, das ist die

**Belämpfung des Verfalls der deutschen Währung.**

Die Währung ist abhängig von der außenpolitischen und von der Lage der inneren Wirtschaft, und beides ist gegenwärtig derartig, daß nicht technische Mittel das gutmachen können, was sich als Folge eines Wirtschaftszusammenbruchs erklärt, bei dem wir die gesamten Gehälter und Löhne beinahe des ganzen Rheinlandes und des Ruhrgebiets aus der Staatskasse mit vielen Millionen täglich zahlen, ohne daß wir die geringste produktive Gegenleistung haben. Was wir zu tun haben, das ist das eine, daß wir mindestens alle Einrichtungen treffen, um den psychologischen und moralischen Folgen des Währungsverfalls entgegenzutreten. Die innere Arbeit gedeiht nicht mehr, der Sperrstich ist vernichtet. Manchmal hat man die

**Empfindung, als täuzten wir um den Dollar.**

wie man einstmals um das goldene Kalb gelangt hat. Gewiß ist auch hier eine starke Schuld der Regierung zuzuschreiben. Wir mühten längst ein werbefähiges Geld schaffen, um dem einzelnen die Möglichkeit zu geben, aus der Spekulation und aus der Devisenhandlung herauszukommen, und auch die ganze Frage der Vorauszahlung der Gehälter an die Beamten würde auf einer ganz anderen Grundlage stehen, wenn wir ein werbefähiges werbefähiges Geld hätten. Wir haben die Absicht, und das ist unsere nächste Aufgabe, deutlich gesagt, die über-nachste — ein solches werbefähiges Geld in Deutschland zu schaffen. So schwer es uns wird, damit zuzugehen, daß die Mark zwar Zahlungsmittel ist, aber nicht mehr eine feste Währung darstellt:

**Wir wollen die Goldmark schaffen**

in der Hoffnung, daß man dann den Goldpfennig auch wieder ehren lernt. Wenn wir weiter durch die werbefähige Anleihe und durch die einzelnen kleinen Stücke, die demnächst herauskommen, die Möglichkeit geben, werbefähig zu bezahlen und Vermögen und Einkommen anzulegen, dann gibt es kein Recht mehr auf Devisenbegehren im deutschen Volke. Die Devisen gehören dann dem Reiche, das der Wirtschaft das Notwendige zur Verfügung stellt. Private Devisenspekulation, die sehr wesentlich mit zur Zerrüttung der Mark von innen beigetragen hat, muß aufhören, wenn die Entschuldigung nicht mehr da ist, daß durch das Fehlen eines werbefähigen Papiers der einzelne gezwungen sei, sich in Devisen zu flicken, weil die Papiermark ihn nicht vor Verlusten bewahre. Wir müssen eine

**Entwicklung anbahnen, die uns freimacht von jener Wechselstubeatmosphäre.**

in der der einzelne sich nur einrichtet nach dem Stand der fremden Devisen, und leider die Zahl derjenigen groß geworden ist, die an dem Steigen der fremden Devisen ein eigenes Interesse haben. Wir müssen einen Zustand herbeiführen, bei dem jeder einzelne nur an dem Steigen der Mark ein Interesse hat und bei dem das Gefühl der Verachtung jedes anständigen Menschen demjenigen trifft, der in dieser Zeit à la hausse der Mark spekuliert, dabei unproduktiv sich mit Devisen füllert und dadurch sich aufrechterhalten will gegenüber einem allgemeinen Verfall. Ich glaube, wir werden auch da Widersprüche begegnen. Wir brauchen die Devisen für die Lebensmittelfuhr, wir brauchen sie zur Stützung der Mark, wir brauchen sie auch für die Zeit der Fortführung des Ruhrkampfes, und heute, wo niemand, der ihn kennt, daran zweifelt, daß es uns Ganze geht, da sollte der Eigennutz diejenigen, die als Private etwa Devisen besitzen, sich nicht mehr wehren gegen eine Idee, die dann ihre Berechtigung nicht mehr hat, wenn die Wertbeständigkeit der Goldmark, wenn die Wertbeständigkeit neuer Geldzeichen an die Stelle der heutigen Papiermark tritt.

Wir stehen

**vor einer großen Arbeitslosigkeit in Deutschland.**

Sie wird uns neue finanzielle Lasten bringen, neue finanzielle Lasten in der Erwerbslosenfürsorge. Es darf meiner Meinung nach nur eine produktive Erwerbslosenfürsorge geben. (Bravo!) Jede Erwerbslosenfürsorge, die nicht produktiv ist, muß demoralisierend wirken, und wir können diese Demoralisierung nicht ertragen. Wir geben dem einzelnen das Recht auf Unterstützung des Staates, er muß uns aber auch das Recht geben, ihm die Arbeit zuzuweisen, deren wir bedürfen. (Bravo!) Wir haben den Ruf gehört zur Produktionssteigerung dort, wo es möglich ist. Theoretisch kann man sagen: die Frage sei nicht aktuell, wir würden mehr Kurzarbeit haben, als wir brauchen. Sie mag nicht aktuell sein in diesem Augenblick, aber sie kann aktuell werden in dem Augenblick, wo wir durch Unterstützung des Exports, den wir zur Heranziehung von Devisen brauchen, und wo wir zur Herbeischaffung von Kohle für den Winter auch an diese Wehrpflicht appellieren können. Wäre es nicht etwa sozial ausgleichend, eine Ueberstunde im Bergbau zu leisten und das Erträgnis daraus der Bezahler als Kohle für den Winter zu geben, damit wir nicht irgendwo Geld zu leihen brauchen, um aus dem Auslande Kohlen einzuführen, die bei einigem guten Willen in Deutschland selbst mehr gefördert werden können als gegenwärtig. (Beifall.)

Für das ganze deutsche Volk der Gegenwart gilt der Spruch der alten römischen Legionen: sine missione nascimur — ohne Urlaub werden wir geboren. Genuß und Freude gehören zum Leben als Ausgleich für die Arbeit, aber manche Gestaltungen des Schlemmens und eine Art des Lebens, wie wir das in deutschen Großstädten finden, paßt nicht zum Ernst dieser Zeit. Wenn wir wollen, daß die Reichen sich hineinsetzen in den Ernst der Gegenwart, dann muß sinnfälliger für die Augen und das Empfinden des einzelnen hier eingegriffen werden. Und schützen Sie auch unser Volk vor den Parasiten, die jetzt alles ausrauben, was dem einzelnen noch geblieben ist! Schaffen Sie doch

**kommunale Gosdankausstellungen.**

in denen der einzelne das erhält, was er wirklich zu beanspruchen hat, wenn er sich von dem alten Besitz trennen muß, und überlassen Sie es nicht auch hier der privaten Spekulation und Aufzählung, jenen vielleicht noch das Letzte zu nehmen oder es ihnen nicht vollwertig zu bezahlen. Jeder Wiederaufstieg geht aus vom Sittlichen, nicht vom Materielle. Alles, was heute in diesem Kontrast von Erwerbslosigkeit, Elend, hinterstehen weiter Volksschichten, die einst mit unsere besten waren, sich vollzieht, und auf der anderen Seite jene neuen Reichgewordenen, die im Kriege und

nach dem Kriege zu diesem Reichtum kamen — das muß Spannungen auslösen, die beseitigt werden müssen und die vielleicht psychologisch heute mehr auf das Gemüt des Volkes wirken als entgegengesetzte Parteiprogramme oder politische Aufrufe es tun. Daß es gegenwärtig darum geht, diesen Staat zu erhalten, wer wolle das begreifen? Soziale hat einmal gesagt: „Was nützte alles Wissen der Menschheit gegenüber dem Bewußtsein, einem großen und gerechten Volke anzugehören!“

Sind wir noch ein großes und gerechtes Volk? Wir sind es, wenn wir es sein wollen, wenn wir die sittliche Kraft haben, auch dieses ohnmächtige Vaterland zu lieben, und gerade diesem Land, von dem kein äußerer Glanz ausstrahlt, erst recht die Hingabe und die Liebe des einzelnen zu geben. Gerade im Unglück darf es keine Partei geben gegenüber der Staatsidee.

Rational sein heißt Hand anlegen, um den Karren aus dem Dreck herauszuziehen, und jedem die Hand zu reichen als Bruder, der bereit ist, dabei zu helfen, und nicht zu fragen, welche Farben sein Rot trägt. (Lebhafte Zustimmung.) Es scheint mir eine Verhöhnung des Staates in dieser Zeit, wenn man darüber spekuliert, ob die Parteien, die sich zusammengefunden haben in der Regierung, wohl den Weg zu gemeinsamem Wirken finden würden, da doch soviel zwischen ihnen liegt, was sie trennt. Ich habe in einer Kritik der gegenwärtigen Regierungskoalition gelesen, hier seien die Girondisten und die Jakobiner vereinigt. Nun, die Girondisten gingen einst zugrunde, weil sie über dem vollkommenen Konstitutionalismus ihre Ohren verschlossen gegenüber den sozialen Notizen der Zeit. Die Jakobiner gingen zugrunde, weil sie den Staatsbegriff gegenüber jeder Parteiherrschaft vergaßen. Ich glaube, Vergangenheit und Gegenwart ähneln sich darin, daß gerade in dem Zusammenwirken der Parteien, miteinander dem Staate zu dienen und den Staat zu retten, doch schließlich nur die Rettung stehen kann. Wenn wir nicht in dieser Zeit uns dahin bringen, daß wir beherrschten Sinnes den einzelnen Fragen gegenüber Parteibogmen über Bord werfen und uns in praktischer Arbeit zusammenfinden, dann hätte allerdings der Pessimismus jedes Großen recht, der davon spricht: „Euch zur Ration zu bilden, hoffet ihr Deutschen vergebens!“ Zur Partei uns zu bilden, das ist leicht, zur Ration uns zu bilden, muß erst gelingen sein und wird nur gelingen, wenn man lernt.

**Die Partei ganz klein und den Begriff Vaterland ganz groß**

anzusehen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen das Volk der Arbeit sein oder wir müssen untergehen! Wir werden vom Staat aus auch gar nicht einen mühelos erworbenen Besitz gestatten können. Wir werden ihn auch vielleicht kulturell nicht zu vermissen brauchen. Wenn wir aber ein Volk der Arbeit sein werden, und ich kenne da keinen Unterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Kopf und Hand und Glieder müssen zusammengehen, und sowie der einzelne nicht leben kann ohne diejenigen, die schließlich die großen Räder seines Betriebes in Bewegung setzen, so sollen auch diejenigen, die die Führung beherrschen, sich manchmal dessen bewußt sein, daß auch heute noch das Wort gilt — auch ein Wort, das der Große von Weimar gesprochen hat: „Daß sich das größte Volk vollende, genügt ein Geist für tausend Hände!“ Demokratie bedeutet nicht, daß jeder dasselbe tun und lassen kann, sondern daß eine Auslese stattfindet unter den verschiedenen ungleichen Bedingungen der Entwicklungsmöglichkeiten, daß man mit diesen Entwicklungsmöglichkeiten sich zur Größe emporarbeiten kann, daß wir über die Klassen-grenze hinauskommen. Den Anspruch auf Achtung hat nur der, der ein Leben voll Arbeit vor sich sieht und in einem Leben voll Arbeit steht.

Nachdem der Kanzler die Verschiedenheit der deutschen Stämme und Landeshelgen besprochen und gerühmt hatte, fuhr er fort: Dieses ganze Deutschland ist bedroht. Dieses ganze Deutschland soll zerstört werden, weil sie die Empfindung haben, daß es unzerstörbar weiterlebt, wenn es sich seinen Glauben an die Einheit erhält, wenn es durch die Einheit die Kräfte in sich hat, zur Größe wieder empor zu kommen. Um dieses Deutschland geht es, und ich rufe Sie

**auf zum Kampfe gegen den Pessimismus**

aller derjenigen, die da sagen: es genügt ja doch nicht mehr! Wir sterben nur, wenn wir nicht die Kraft haben, leben zu wollen! Wir werden leben und nicht sterben, wenn wir die Opfer nicht scheuen, die notwendig sind, den Staat am Leben zu erhalten. Wir stehen allein in der Welt wie haben keine außenpolitischen Sekundanten. Glauben Sie mir, daß man Bundesgenossen, die bereit sind, für jemand einzutreten, nicht aus Mitleid bekommt. Wir bekommen sie nur, wenn die Welt draußen sieht, daß wir den Mut haben, vom Volke jene Opfer zu fordern, und das Volk das ganze Bewußtsein dem Staate zu geben, was er zum Leben braucht. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir stehen mitten drin in Entscheidungen von ungeheuren Ernst, und vom deutschen Volke wird es abhängen, wie sie ausfallen. Die Klischee aller Deutschen auf dem ganzen Erdenrund richten sich jetzt auf uns. Hier, am Sitze des Auslandsinstituts, erziehe ich die Auslandsdeutschen. Wir brauchen nicht das Haupt zu senken, wenn wir an die deutsche Kolonialität denken in der Vergangenheit denken. Heute erkennen diejenigen, die jetzt die Besitzer dieser Kolonien sind, Frankreich und England, was dort die Deutschen gearbeitet haben, die damals hinausgingen, und die uns eine ehrliche und unbefleckte Fahne hinterlassen haben, als wir diese Kolonien aufgeben mußten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können uns jedem unparteiischen Richterpruch über die deutsche Schuld beugen, aber wir müssen jeden Spruch abhellen, bei dem der Beklagte nicht gehört wird und bei dem die Parteien Richter in eigener Sache sind. Wir begrüßen alle Bestrebungen in Deutschland, die Aufklärung über die Entstehung des Weltkrieges verbreiten, und wir fordern die Wahrheitsucher aller Nationen auf, darauf zu dringen, daß die Archive aller Nationen für die Forschung so geöffnet werden, wie Deutschland seine Archive im Bewußtsein seines guten Rechtes und seines guten Gewissens geöffnet hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sind

**gebugt, aber wir sind nicht gebrochen.**

Gebugt, aber nicht gebrochen stehen wir in dieser Gegenwart und erwarten die Zukunft. Größe in dieser Zeit heißt jeder Deutsche sein Vaterland, und gerade ihm Opferwilligkeit und Treue. Im Unglück erst zeigt sich, daß ein Volk wirklich Nation ist. Hurra zu rufen in den Zeiten des Glücks, in dem Gedanken an den Glanz, der von einem Bande ausgeht, das ist leicht. Treue zu halten, wenn Opfer gefordert werden, das ist schwer, aber da beginnt erst das Nationale. Lassen Sie mich enden mit einem Wort, das aus dem Auslande gekommen ist, einem Spruch, den die Auslandsdeutschen ihrer armen Heimat der Gegenwart danken:

Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht, Erst im Unglück läßt's sich sagen, ob die Liebe frei und echt. Und so soll es weiter klingen von Geschlecht zu Geschlecht:

Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht. (Lobender Beifall und Händeklatschen.)

Der Reichstanzler, der nachmittags in privater Angelegenheit in Tübingen weilte, ist abends nach Berlin zurückgekehrt.

**Der Wiederhall in Frankreich.**

Die Rede Stresemanns ist in den meisten Pariser Blättern vom Montag morgen ausführlich wiedergegeben, jedoch noch wenig kommentiert. Das „Zeit Journal“ sieht in der Rede die Bestätigung dafür, daß in der Reparations- und Ruhrfrage eine neue Politik beginnt. Stresemann glaube nicht an übernatürliche Ereignisse. Der Hauptpunkt in seinen Erklärungen sei das wiederholte Bekenntnis zum Willen einer aktiven Politik. Hinsichtlich der Art der Aktion habe Stresemann mit unbeschreiblicher Bestimmtheit Angaben gemacht, die den Wunsch zeigten, zu einem positiven Resultat zu gelangen. Wenn man die Angelegen-

# Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

## Tokio und Yokohama teilweise zerstört. — Viele tausend Tote.

Die Erdbebenkatastrophe, die Japan heimgesucht hat, stellt sich als die größte dar, die über das Inselreich im fernem Osten heringebracht ist. Japan ist nach den neuesten Meldungen von allen Verbindungen mit der übrigen Welt abgeschnitten. Die einzigen Nachrichten kommen über China. Nachstehend eine Zusammenstellung aus den Telegrammen, die uns über die Katastrophe zugehen.

Nach einer Hoormeldung aus Shanghai kamen bei der Erdbebenkatastrophe in Tokio und Yokohama 100000 Menschen ums Leben. Das Arsenal von Tokio ging in die Luft, wobei mehrere Tausend umkamen. Die Stadt Atami wurde zerstört, wodurch 7000 Menschen getötet wurden. Die Stadt Ito wurde durch eine Springflut hinweggerissen, wobei 600 Personen den Tod fanden. Einer Reutersmeldung aus Osaka zufolge ist in ganz Japan das Kriegsrecht proklamiert worden. Nach einer drahtlosen Meldung des Dampfers „Korea Maru“ sind 200000 Menschen in Yokohama obdachlos und ohne Nahrung. — Reuters meldet, daß man des Feuers in Tokio Herr geworden sei. Das gesamte Stadtviertel der Arbeiter sei eingeebnet.

### Ein Hilferuf.

Nach einem Telegramm aus Osaka hat der Gouverneur von Yokohama seinen Kollegen von Osaka und Kobe folgendes Funkentelegramm geschickt: „Meine Stadt ist durch Feuer und ein Erdbeben zerstört. Die Verluste an Menschenleben werden auf zehntausend geschätzt. Alle Wertgegenstände sind zerstört. Wir haben kein Wasser und keine Lebensmittel. Schickt uns sofort Lebensmittel.“ In Osaka ist das Kriegsrecht verkündet worden. Nach einem weiteren Funkentelegramm aus Südjapan sind die Städte und Dörfer zwischen Tokio und Osaka so gut wie zerstört. An zahlreichen Stellen stehen die Trümmer in Flammen. In Tokio sind von 15 Stadtvierteln 10 zerstört. Die Reichen häufen sich in den Straßen. Die Zahl der Opfer ist zurzeit noch nicht abzuschätzen.

Die Stadt Kamacu, etwa 130 Kilometer südwestlich von Tokio, die 13 000 Einwohner zählt und eine der kaiserlichen Sommerresidenzen war, ist vollständig zerstört worden. Ueber die europäischen Kolonisten in Japan ist man ohne jegliche Nachricht. Es wird angenommen, daß sich eine große Anzahl von ihnen augenblicklich in den Bergen von Karuizawa, etwa 80 Kilometer von dem Erdbebenzentrum entfernt, aufhält.

Nach einer Meldung aus Shanghai hat der englische Kreuzer „Despatch“ Befehl erhalten, sich nach Kap Yokohama zu begeben, um den Opfern der Erdbebenkatastrophe Hilfe zu bringen. Aus New York wird mitgeteilt, daß Präsident Coolidge eine Beileidsbezeugung an den Kaiser geschickt hat und ihm im Namen der Vereinigten Staaten Hilfe angeboten hat. Er teilte gleichzeitig mit, daß einige Schiffseinheiten, die sich augenblicklich im Hafen von Port-Said befinden, Befehl erhalten haben, sich sofort nach Yokohama zu begeben.

### Der Bericht eines Gerechtferten.

Das furchtbare Erdbeben, von welchem Japan heimgesucht wurde, hat alle Verbindungen mit der übrigen Welt abgeschnitten.

### Die Eröffnung des Westhafens.

Heute vormittag wurde der Westhafen feierlich eröffnet. Den auf dem Platz vor dem städtischen Verwaltungsgebäude sich versammelnden Festteilnehmern bot sich ein farbenprächtiges Bild. Von den im Hafen liegenden Schiffen grüßte der lunte Schmutz der Fahnen und Wimpel. Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, Vertreter der Staatsregierung, Männer des Handels und der Industrie nahmen an der Feier teil.

In seiner Rede wies Oberbürgermeister Böhm auf die Erschwerungen hin, die dem von Stadtbaurat Krause begonnenen, von Stadtbaurat Hahn zu Ende geführten Werk durch den Krieg und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bereitet worden sind. Ueber Berlin hinaus sollen die Wirkungen sich erstrecken, die von diesem Werk erwartet werden. Nicht Wettbewerb mit anderen Hafenplätzen ist beabsichtigt, sondern in gemeinsamer Arbeit mit ihnen wird Berlin zur Förderung von Handel und Industrie beitragen. Die Verpachtung der Häfen, Berlin an die Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft (Behala) soll die notwendige Zusammenfassung der Kräfte ermöglichen. Generaldirektor Liederup von der Behala dankte namens der Belegschaft des Hafens den Behörden, der Stadt, für die Staatsregierung und zugleich für die Reichsregierung sprach Handelsminister Siering. Auf das, was hier die Stadt trotz der Not der Zeit geschaffen hat, kann Berlin stolz sein. Berlins Bedeutung als Hafenplatz für den Umschlagverkehr ist durchaus nicht so gering, wie es manchem scheinen mag. Trotz allem Schwere, das uns noch bevorsteht, wollen wir nicht die Hoffnung aufgeben, daß es mit der deutschen Wirtschaft wieder normwärtsgehen wird.

An die Feier schloß sich ein gemeinsamer Rundgang durch das Hafengelände. Eine Schilderung der Hafenanlage hat der „Vorwärts“ bereits Sonntag gedruckt.

### Ruhiger Verlauf des Sonntags.

Die Versammlungen am Sonntag nahmen sämtlich einen ruhigen Verlauf. Die Beteiligung war nur gering, lediglich die Versammlung in der Brauerei Köpenick hatte etwas regeren Verlauf. Zu einzelnen Versammlungsorten wurde ein geschlossener Anmarsch kleinerer Gruppen meist jugendlicher Kommunisten mit roten Fahnen versucht. Diese Gruppen von 20 bis höchstens 600 Mann wurden überall mühelos durch die Schutzpolizei auseinandergebracht, zum Teil lösten sie sich von selbst auf, sobald Schutzpolizisten sichtbar wurden. Nur an einer Stelle (Schwedter Straße) wurde ein nachdrückliches Einschreiten nötig. Der Besuch der Versammlungen war sehr schwach und blieb überall hinter den früheren Demonstrationsversammlungen erheblich zurück, so daß sogar einige wegen zu geringer Beteiligung nicht zur angelegten Zeit, sondern erst um 1/2 11 Uhr beginnen konnten. Die höchste Besucherzahl betrug etwa 3000. Sie ist nur in einer Versammlung erreicht worden. In der Brauerei Friedrichshagen, bei Altem, in der Königsplatz ufo. hatten sich etwa 2500, in anderen Versammlungen 2000 oder 1000, in einigen nur mehrere 100 und in einer kaum 50 Mann eingefunden. Nach Schluß der Versammlungen wurden an einigen Stellen, so am Zoo und in der Hauptstraße in Schöneberg wiederum Zugbildungen versucht, doch war auch hier die Schutzpolizei sofort zur Hand und löste die Füge auf.

### Festnahme eines wilden Devisenhändlers.

Beim Devisenhandel am Zoo ertappt und festgenommen wurde gestern ein 35 Jahre alter Russe Wolf Budnewitsch, der sich wohnungslos in Berlin aufhält. Am Bahnhof Zoo befindet sich, wie auch an anderen Bahnhöfen, eine Wechselstube die von Ausländern sehr viel in Anspruch genommen wird. Geschäftstätigkeit wurde unter der zweifelhaften Gesellschaft, die sich am Zoo aufzuhalten pflegt, machen sich schon seit geraumer Zeit diesen Verkehr zunutze. Die Polizei ist schon wiederholt gegen diesen wilden Devisenhandel eingeschritten, aber die Händler sind verständig und schwer zu fassen. Sie schleichen sich an die ankommenden oder abreisenden Ausländer heran und fragen, natürlich

Ein Flüchtling aus Tokio, der in Tomioka eintraf, berichtete, daß die Zahl der Toten und Verwundeten in die Hunderttausende ginge. Bereits bei dem ersten Erdstoß brachen in Tokio an zahlreichen Punkten der Stadt Brände aus. Unter den großen Gebäuden, die abgebrannt sind, nennt man eins der größten Barenhäuser, das kaiserliche Theater und Arsenal und das Klubhaus der Senatoren. Die Feuersbrunst mußte nach dem Bericht dieses Augenzeugen rasch fortgeschritten sein, da sämtliche Wasserleitungen unterbrochen waren. In einem Umkreis von 10 Kilometern sah man nur ein einziges ungeheures Flammenmeer, das sich immer mehr ausbreitete und nach und nach die Vorstädte von Tokio zerstörte. Gleichzeitig ging ein ungeheurer Wolkenbruch nieder, der jedoch der Feuersbrunst keinen Einhalt gebot. In der Gegend von Fujiyama waren die Erdstöße am heftigsten. Eine Anzahl von Sommerfrischen und Erholungsorten im Gebirge sind heimgesucht worden. In Kami sollen 6000 Personen umgekommen sein und ebenso viele in Otemba.

Nach einem Radiotelegramm aus San Francisco ist Yokohama fast vollständig zerstört worden. Das Beben dauerte ungefähr 6 Minuten. Alle in Tokio auslaufenden Eisenbahnen sind in einem Umfange von 100 Meilen um die Stadt aufgerissen. In Yokohama ist das Geschäftsviertel vom Erdboden hinweggefegt worden. Auf der Halbinsel Izu wurde die Stadt Ito von der Springflut davongetragen. Der Einsturz des Eisenbahntunnels von Sefato, der der größte Japans ist, hat den Tod von 600 Personen zur Folge gehabt.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist ersichtlich, daß Japan auf einer Strecke von 350 Kilometern, d. h. in der Hauptachse zwischen Tokio und Osaka, durch das Erdbeben heimgesucht wurde. Gerade die reichsten und bevölkerlichsten Gebiete sind davon betroffen worden. Die Zerstörung wurde meistens nicht durch das Erdbeben, sondern durch die Feuersbrünste verursacht, die fast überall ausgebrochen sind. Im Umkreis des heiligen Berges, Fujiyama, sind alle Dörfer zerstört. Auch dort sind mehrere tausend Menschen umgekommen. — Nach einem Funkpruch aus Tokio sind alle Zeitungsgebäude, mit Ausnahme des der „Nishi-Nishi“ zerstört worden. Außerdem das Polizeihauptquartier, das kaiserliche Theater, das Arsenal und zwei der größten Bahnhöfe der Stadt. Bei dem Einsturz des Turmes Matzuta wurden 700 Personen erschlagen. Die meisten Brücken sind zerstört, wodurch den Bewohnern die Flucht unmöglich wurde.

Das Erdbebenzentrum scheint nach den vorliegenden Meldungen im Gebiet des Fujiyama zu liegen, des bekanntlich höchsten Berges in Japan, dem als einem Sitz der Gottheit seit altersher größte Verehrung entgegengebracht wird. Der Berg ist ein vulkanischer Kegel auf der Insel Nippon, etwa 30 Kilometer von der Südküste im Westen von Yokohama. Er ist 3745 Meter hoch und gilt seit 1707, wo sein letzter Ausbruch erfolgte, als erloschen.

Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat der Seismograph von Paris in der vergangenen Nacht einen zweiten fast ebenso starken Erdstoß verzeichnet wie demjenigen, durch den Yokohama zerstört wurde.

nicht allzu laut und mit einem verständlichen Mienenspiel, ob sie nicht Devisen verkaufen wollen. So machte es auch Budnewitsch. Er aber hatte gestern das Pech, daß er, weil er allzu eifrig war, auffiel und festgenommen wurde. Zehn dänische Kronen und sieben Dollar hatte er bereits erworben und er stand gerade im Begriff, noch mehr zu kaufen, als ein Polizeibeamter seinen Geschäften ein Ende machte.

### Dem Andenten Minna Cauers.

Minna Cauers Grab ist jetzt mit einem Denkmal geschmückt worden. Am Sonntag wurde das vom Bildhauer Kurt Kroner geschaffene Werk, eine Porträtbüste der Verstorbenen, mit einer feierlichen Feier enthüllt. Auf dem Rathhaus-Friedhof an der Großgörschenstraße verammelte sich eine ansehnliche Schar von Frauen und Männern, die der unermüdeten Kämpferin für die Rechte der Frau noch einmal an ihrem Grabe hulden wollten. Gesang eines Frauenvereins leitete die Feier ein. Minna Cauers Lebensarbeit wurde in Gedenkrede gewürdigt von der ihr eng befreundeten Genossin Frau Saurast, dem Pfarrer Riethard-Stahn, dem Minister a. D. Haensch und der Regierungsrätin Else Lüders. Genosse Haensch stellte nebeneinander Minna Cauers und August Bebel, die beide für die Gleichberechtigung der Frau gekämpft haben und in unerwähntem Glauben an ihre Sache trotz Spott und Hohn ihren Weg gegangen sind. Schülerinnen der Minna-Cauer-Schule legten eine Blumenpforte am Grabe nieder.

Ueberfall mit Messer und Säure. Ein Raubüberfall von unfähiger Rohheit wurde in der vergangenen Nacht in Tempelhofer Park von fünf Burshen auf einen deutschamerikanischen Lothar Kühn verübt, der sich studienhaft in Berlin aufhält. Nach einer kurzen Anrennung fielen die Kerle mit dem Messer über Kühn her und brachten ihm Stichwunden am Hinterkopf und über dem linken Auge bei. Während der Ueberfälle am Boden lag, begossen sie ihn noch mit Säure, so daß er die Besinnung verlor. Als er wieder zu sich kam, waren die Begehrer verschwunden. Sie hatten ihm die Brieftasche mit 175 amerikanischen Dollar und 150 Millionen in deutschem Gelde geraubt. Die Verbrecher sind ungehindert entkommen.

Das Kind im Elternhaus, Schule und Berufsbildung lautet das Thema eines Vortrags, den Ingenieur Eggert vom Städtischen Berufssamt am Dienstag, den 4. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in der großen Halle der Schule Reichenderger Str. 131/132 vor Elternkräften aller Richtungen hielt. Der Vortrag handelt mit Zeichnungen und Apparaten fast und behandelt die wichtigsten Einzelheiten Berufsbildung, Psychologie, Hygiene und Ethik.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und zeitweise aufkarend, jedoch überwiegend bewölkt bei aufsteigenden südwestlichen Winden, keine oder unbedeutende Niederschläge.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kaffierer! Der erweiterte Bezirksvorstand hat in seiner Sitzung vom 1. September beschlossen, daß bis zum 15. September d. J. alle in den Abteilungen befindlichen Männermarken à 100, 150, 300 und 600 M. sowie die Frauenmarken à 40, 60, 100 und 200 M. einzuziehen sind. — Außerdem die Zuschmarken für Juni à 500 und 200 M. sowie die Eintrittsmarken à 50, 2500 und 1000 M. Alle hier aufgeführten Marken sind bis zum angegebenen Termin einzuziehen und bestimmt mit der Abrechnung des 2. Quartals 1923/24 abzuliefern. A. M.: Herz Pagels.

7. Kreis Charlottenburg. Die Berringung der Kindererunde spielt jeden Sonntag und Donnerstag im Jugendheim, Köpenick 4, von 5-7 Uhr. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder dort hinzuschlefen.

1. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Dienstag, den 4. September, 5 Uhr, wichtige Besprechung der Frauenleiterinnen aller Abteilungen im Hofe des Besessenen König, Frauig, Ecke Prinz-Georg-Str.

11. Abteilung. Dienstag, den 4. September, 7 Uhr, Schulaula Galmitt, öffentliche Mitarbeiterversammlung. Thema: Die Septemberwoche und was nun?

X. Abt. Charlottenburg. Dienstag, den 4. September, 7 1/2 Uhr: Fortbildungssitzung in der Wohnung des Bezirkssekretärs.

107. Abt. Alt-Giesend. Hattenberg. Dienstag abend 8 Uhr: Fortbildungssitzung in der Wohnung des Genossen Olsen.

heit ins Auge faßt, die er angegeben habe, so erscheine dieses Resultat allerdings noch weit entfernt. Aber der Kanzler sei so vorsichtig gewesen, zu erklären, daß er noch nicht das letzte Wort gesagt habe und zu einer Diskussion mit den Ministern bereit sei. Man muß sogar in dieser Beziehung darauf hinweisen, daß Stresemann durch die Eindringlichkeit, mit der er die wirtschaftliche Einheit predigt, er nicht vor der Aussicht auf direkte Verhandlungen mit Frankreich und Belgien zurückschrecke.

Der „Figaro“ schreibt unter der großen Überschrift „Niemand hat ein deutscher Reichskanzler eine so gemäßigtere Sprache geführt.“ Man könne die Ausführungen des Kanzlers folgendermaßen charakterisieren: verständlichere Absichten als je zuvor, aber hinsichtlich der unmittelbaren Verwirklichungsmöglichkeiten keine neue Entscheidung. Eine Annäherung an den französischen Standpunkt sei deutlicher als je zuvor. Zum erstenmal habe ein deutscher Reichskanzler es gewagt, eine wirtschaftliche Entente zwischen Frankreich und Deutschland herbeizumünzen, und diese Entente, müsse man eingestehen, entspreche der Natur der Dinge. Die Rohlen des Ruhrgebietes und das Eisen Lothringens müssen auf Grund wirtschaftlicher Abkommen miteinander verknüpft werden. Das Blatt findet, der Kanzler sei in einem Punkte über seine bisherigen Äußerungen hinausgegangen. Bisher habe er einen Weg im Rahmen einer französisch-englischen Entente gesucht. Diesmal sei er einen Schritt weitergegangen. Er wünsche, daß die Unterhaltung mit Frankreich andauere. „Will er damit von einer direkten Unterhaltung sprechen?“ so fragt der „Figaro“, „dies wäre eine sehr verständliche Stimmung, und wir täten Unrecht, wenn wir sie nicht zur Kenntnis nehmen wollten.“

Der „Matin“ hingegen hält es nicht einmal für notwendig, die gute Absicht Stresemanns hervorzuheben. Gegenüber den Versicherungen Stresemanns, daß ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland die größten Friedensgarantien bietet, meint der „Matin“, es gebe kein Beispiel dafür, daß eine wirtschaftliche Union ohne eine politische Union möglich sei. Zu letzterer gehören aber die Ausführungen der Friedensverträge, und ehe man an eine solche Union denken könne, müsse man daran denken, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Stresemann habe darauf bestanden, es sei notwendig, daß die von Deutschland begonnenen Unterhaltungen andauern, wobei er auch zu Opfern bereit sei. Natürlich könne die Unterhaltung fortbauern, aber für Deutschland sei es doch sicherlich interessanter, wenn sie auch zu etwas führen würde.

### Der Faschistentag in Nürnberg.

#### Ein Arbeiter von einem Sakentkreuzer erschossen.

Nürnberg, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Der unter dem Protektorat der vaterländischen Verbände, also der Nebenregierung in Bayern, abgehaltene „Deutsche Tag“ in Nürnberg hat einen blutigen Abschluß gefunden. Im Laufe des Sonntagabend kam es in der Arbeiterstadt Steinbühl zu Zusammenstößen, in deren Verlauf der Studienprofessor an der Nürnberger Fortbildungsschule, Braun, von der Schutzwaffe Gebrauch machte. Der Genosse Krämer, ein Mann von 50 Jahren, Vater von fünf Kindern, wurde ein Opfer dieser Schießereien. Ein anderer Genosse namens Oberle liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Es versteht sich, daß Braun in Schutzhaft genommen sein soll. Die an anderen Teilen Nürnbergs erfolgten Schießereien von Angehörigen der vaterländischen Verbände forderten keine Opfer. Die Polizei verhielt sich völlig passiv. Die Beteilung am „Deutschen Tag“ entsprach nicht im geringsten den Erwartungen der Veranstalter. Selbst nach Schätzungen der bürgerlichen Blätter haben sich im Höchstfall 150 000 Teilnehmer von auswärts eingefunden. Auch diese Zahl ist viel zu hoch geschätzt. Es dürfte sich bei der ganzen Veranstaltung höchstens um 75 000 Beteiligte gehandelt haben.

### Arbeit für Frankreich.

Gelsenkirchen, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf den Forderungen des Rülheimer Bergwerkvereins sind die Belegschaften unter dem Einfluß der Syndikalistinnen und Unionisten mit den Franzosen in Verhandlungen eingetreten. Eine Abstimmung, an der sich auch jugendliche Arbeiter unter 14 Jahren beteiligten, hat eine Mehrheit dafür ergeben, zukünftig für die Franzosen zu arbeiten. Der Beschluß ist unter dem Druck der Syndikalistinnen und Unionisten zustande gekommen. Die Bedingungen, die von den Franzosen gestellt und durch die Abstimmung anerkannt wurden, sind: Die tägliche Arbeitszeit für Arbeiter unter Tage beträgt 8 Stunden, für Arbeiter über Tage 10 Stunden. Ferner soll eine Lohnerhöhung von 20 Proz. bewilligt werden.

### Schwankungen am Devisenmarkt.

Das Eingreifen der Reichsbank am Freitag brachte in die Stimmung des heutigen Devisenmarktes einige Berwirrung. Der Dollar zog in den Frühstunden allerdings wieder bis auf 12 Millionen an, doch erfolgten zu diesem Kurse recht wenig Käufe. Im weiteren Verlaufe mehrte sich die Abgabe am Devisenmarkt, infolgedessen der Kurs bis auf etwa 11 Millionen gedrückt wurde. Gegen 1 Uhr nannte man ihn mit etwa 10 750 000. Das Zurückgehen ist jedoch, wie gesagt, vorwiegend der Erwartung einer neuen Intervention zuzuschreiben. Auch am Effektenmarkt ist die Stimmung nicht ganz einheitlich. Der Rückschlag an der Freitag-Schlußbörse hat das Publikum teilweise zu Verkäufen oder aber mindestens zur Zurückhaltung veranlaßt. Außerdem hat es den Anschein, als ob die Steuergelder jetzt langsam vom Markt abfließen. Auf einigen Gebieten allerdings bewirkte das Eingreifen der Spekulation etwas beträchtlichere Kurssteigerungen.

	8. September		31. August	
	Käufer (Reib-) Kurs	Verkäufer (Reib-) Kurs	Käufer (Reib-) Kurs	Verkäufer (Reib-) Kurs
1 holländ. Gulden .	8790500.—	8905000.—	4019850.—	4070150.—
1 argent. Pap. » Peso	3112200.—	3127800.—	3321675.—	3338325.—
1 belgischer Franc .	448975.—	451125.—	4078900.—	4081200.—
1 norweg. Krone .	1598000.—	1604000.—	1683780.—	1692220.—
1 dänische Krone .	1795500.—	1804500.—	1915200.—	1924800.—
1 schwedische Krone	2598500.—	2608500.—	2753100.—	2768900.—
1 finnische Mark .	—	—	257280.—	268720.—
1 japanischer Yen .	4738125.—	4761875.—	5048300.—	5088840.—
1 italienische Lire .	418950.—	421050.—	4498790.—	4481010.—
1 Pfund Sterling .	13890000.—	14110000.—	14882500.—	14717500.—
1 Dollar . . . . .	9075750.—	9274250.—	10274250.—	10395750.—
1 französisch. Franc	548625.—	551375.—	5825040.—	5851070.—
1 brasilian. Milreis	927675.—	932325.—	9776050.—	9824050.—
1 Schweizer Franc	1745625.—	1754575.—	1865325.—	1874675.—
1 spanische Pesta	1296750.—	1308250.—	1398500.—	1408500.—
100 österr. Kr. (alt.)	—	—	14783.—	14887.—
1 türkische Krone	—	—	805235.—	806765.—
1 ungarische Krone	—	—	578.55	581.45
1 bulgarische Leva	—	—	87788.—	88245.—
1 jugoslaw. Dinar .	—	—	109728.—	110275.—

